



AFRIKA/BURUNDI - Bischöfe in ihrer Weihnachtsbotschaft: „Wir müssen uns mit allen unseren Kräften für die Verhinderung eines Krieges einsetzen“

Bujumbura (Fidesdienst) – „Wir fordern alle dazu auf, einen Krieg mit aller Kraft zu verhindern und alles, was zu neuer Gewalt in unserem Land führen könnte. Wenn wir nicht alles in unserer Macht stehende dafür tun, besteht die Gefahr, dass das Land die Schrecken eines neuen Krieges erfährt, während die Wunden des vorherigen Krieges noch nicht verheilt sind“, so die burundischen Bischöfe in ihre Weihnachtsbotschaft an die Bürger des Landes.

In dem Dokument, das dem Fidesdienst vorliegt, bekräftigen die Bischöfe, dass sich Burundi nach einem blutigen Bürgerkrieg (1993-2006) auf den Weg der Aussöhnung und des Wiederaufbaus gemacht hatte und erinnern in diesem Zusammenhang an die Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge aus dem benachbarten Ländern, das Bemühen um Achtung der Meinungsfreiheit und den Beginn von Bauarbeiten im privaten und öffentlichen Bereich. „Ist es möglich, dass wir angesichts dieser Fortschritte immer noch dazu bereit sind, die Logik des Misstrauens, des Ausschlusses, der Konflikte und des Krieges zu akzeptieren? Nein und noch mal nein!“, heißt es in der Botschaft.

„In jüngster Zeit“, so die Bischöfe, „haben Morde und Massaker überhand genommen. Es geht nicht mehr um einfache Verbrechen, wie Raubüberfälle oder Streitigkeiten um Grundbesitz: das Land wird von blutigen Verbrechen bedroht, die politisch motiviert sind und für die alle Konfliktparteien verantwortlich gemacht werden“. Unter anderem seien auch die Mitarbeiter des Geheimdienstes des Landes (Services de Renseignement National et de Sécurité Nationale) für solche Verbrechen verantwortlich, so die Bischöfe.

Es sei ein Klima der Angst zwischen der Regierung (die die Präsenz bewaffneter Gruppen fürchtet) und der Bevölkerung (die die Gewalt der Sicherheitsdienste fürchtet) entstanden, so die Bischöfe, die abschließend Vorschläge zur Überwindung der Krise machen, darunter die Achtung der demokratisch gewählten Regierung, die ihrerseits die Opposition respektieren soll; den Dialog zwischen den beteiligten Parteien; Ermittlungen im Zusammenhang mit Mitarbeitern des Geheimdienstes; Prozesse gegen die Verantwortlichen von Verbrechen „auch wenn sie der Regierungspartei angehören“; Fortführung des Entwaffnungsprozesses und Auflösung der Milizen der Parteien. (LM) (Fidesdienst, 13/12/2011)